

Schwanz des Korps

Hartnäckig widersetzte sich der Haushaltsausschuß den Geldwünschen des Kanzleramts für die Ausstattung der Bonner Vertretung in Ost-Berlin.

Kaum war Leonid Breschnew abgereist, die Perspektive west-östlicher Milliarden-Geschäfte eröffnet, da wurden Bonns Parlamentarier knauserig. Einhellig widersetzten sich die Mitglieder des Haushaltsausschusses, Koalitionäre wie Oppositionelle, am letzten Mittwoch Willy Brandts Wunsch, ohne Auflagen und Bedingungen die Gelder für Personal und Ausstattung der „Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik“ freizugeben.

Nur einen Posten ließen die Abgeordneten anstandslos passieren. Der von Kanzler Brandt als Chef-Vertreter in Ost-Berlin ausersehene Günter Gaus, früherer Chefredakteur des SPIEGEL und Programmdirektor des Südwestfunks, kann mit Titel und dem für seine Verhältnisse schmalen Salär eines Staatssekretärs (Grundgehalt: 7350,62 Mark) in den Staatsdienst übernommen werden. Außerdem erhält Gaus eine Aufwandsentschädigung von maximal 100 000 Mark im Jahr.

Das übrige Personal, 62 Beamte, 25 Angestellte und 13 Arbeiter, kann das für die Vertretung in Ost-Berlin zuständige Kanzleramt vorläufig noch nicht berufen. Denn unbeirrt sperrten die Parlamentarier die Planstellen-Mittel, bis die Regierung sie genau über Größe und Status der Bonner Vertretung in Ost-Berlin informiert hat — Einzelheiten, die noch zwischen Kanzleramts-sonderminister Egon Bahr und DDR-Staatssekretär Michael Kohl ausgehandelt werden müssen. SPD-MdB Helmut Esters, Berichterstatter im Ausschuß, selbstbewußt: „Wir haben der Regierung Luft gegeben für ihre Verhandlungen mit der DDR. Das Parlament hat aber die Gewißheit, mit den Details noch mal beschäftigt zu werden.“

Schon als der Stellenplan für die BRD-Vertretung geschrieben wurde, war es in Bonn zu Differenzen über die Mission ohne Vorbild gekommen — diesmal innerhalb der Regierung: Das Auswärtige Amt war erbost über den für Gaus vorgesehenen Staatssekretärsrang, weil Bonns Botschafter höchstens wie Ministerialdirektoren eingestuft werden. Da diese Charge nicht mehr abgeschafft werden konnte, legte sich das AA bei der Einstufung des Vertreters des Vertreters quer. Der Gaus-Vize wird nicht — wie das Kanzleramt gewünscht hatte — ein Ministerialdirektor, sondern auf Wunsch Scheels sowie seines Parteifreundes Innenminister Hans-Dietrich Genscher nur ein Ministerialdirigent werden.



Kanzleramt-Favorit Gaus

Die Druckmaschine wurde gestrichen

Der Haushaltsausschuß freilich kürzte rabiater. So wurden der Personaletat für 1973 von 2,11 auf 1,59 Millionen Mark gestutzt und die Sachkosten von 1,6 auf 1,3 Millionen Mark beschnitten. Das Argument der Abgeordneten: Die Vertretung werde ohnehin erst im Herbst ihre Arbeit aufnehmen.

So verweigerten die Parlamentarier dem gelehrten Journalisten Gaus eine Druckmaschine im Wert von 28 000 Mark (Esters: „Uns ist nicht klar gewesen, was die damit wollten“). Bewilligt



Kanzleramt-Kritiker Esters

„Mit den Details noch beschäftigt“

wurden hingegen eine Aktenvernichtungsanlage (35 000 Mark) und ein Fernschreib-Verschlüsselungsgerät (63 500 Mark).

Freilich — trotz der parlamentarischen Sperre bewarben sich mehr Beamte als eingeplant. Dabei steht noch nicht einmal der Status der deutsch-deutschen Vertreter fest. Die Bundesregierung will dem DDR-Repräsentanten in Bonn per Gesetz diplomatische Vorrechte einräumen. Genau diese Vorschrift aber, die der Zustimmung des

Bundesrats bedarf, wollen die CDU/CSU-regierten Länder so lange ablehnen, wie der genaue Status des Mannes aus Ost-Berlin noch nicht feststeht. CDU-MdB Hans-Hugo Klein: „Da gibt es erhebliche Probleme.“

Die Regierung geht davon aus, daß die Angehörigen der im Grundvertrag verabredeten ständigen Vertretungen in Bonn und Ost-Berlin Erleichterungen erhalten sollten, „wie sie diplomatischen Missionen“ (Gesetzesentwurf) zustehen, also Privilegien wie Befreiung von Steuern, Meldepflicht und Ausweiskontrollen beim Grenzübertritt.

Diese Behandlung geht den Christdemokraten zu weit. Ängstlich darauf bedacht, die DDR auch nicht durch kleine Gesten als Ausland erscheinen zu lassen, wollten sie verhindern, daß der DDR-Resident in Bonn normalen Diplomaten gleichgestellt wird. Weder Bundespräsident Gustav Heinemann noch AA-Scheel sollen den Ostdeutschen empfangen, wenn er sein Beglaubigungsschreiben überreichen will. CDU-Klein: „Wenn er beim Bundeskanzler sein Beglaubigungsschreiben überreicht, würden wir das tolerieren. Lieber wäre uns aber die Übergabe beim Innerdeutschen Minister.“

Auch für die Gaus-Mission in Ost-Berlin haben die Unionschristen Sonderwünsche. So soll die Bonner Vertretung von jener DDR-Vorschrift ausgenommen werden, die Ostdeutschen den Kontakt mit Botschaften nur mit Genehmigung des Ost-Berliner Außenministeriums gestattet.

Die Union sorgt sich selbst ums Protokoll. Die Bundesregierung solle eine Registrierung des DDR-Vertreters in der Liste des Bonner Diplomatischen Korps vereiteln. Sogar der Platz des Ost-Berliners beim Neujahrsempfang des Bundespräsidenten schien Klein bedenkenswert: „Wir halten es für notwendig, daß er außerhalb der Reihe der Diplomaten placiert wird. Am Schwanz des Diplomatischen Korps braucht er ja nicht zu stehen.“

BERLIN-FÖRDERUNG

So exzessiv und schamlos

Massive Steuervorteile lockten in den vergangenen Jahren eine große Zahl gutverdienender Bundesbürger zum Finanz-Engagement in West-Berlin. Der dadurch entfachte Bauboom stößt jetzt an seine Grenzen.

Am Kottbusser Tor wollte Immobilien-Makler Günter Schmidt in halbkreisförmigem Bogen Gewerbe- und Wohnbauten für 80 Millionen Mark hochziehen. Doch auf dem Gelände standen noch Häuser, aus denen die Mieter nicht weichen mochten.

Bauherr Schmidt sah sein „Neues Kreuzberger Zentrum“ in Gefahr und

beschloß, die „Entmietung“ der Altbauten zu forcieren: Ohne Vorwarnung ließ er Türen und Fenster des noch teilbewohnten Hauses Dresdener Straße 131 herausbrechen und auf den Hof werfen. Begründung: „Wir wollen nicht, daß sich Gastarbeiter und anderes Gesindel einnisten.“

Am Kurfürstendamm, Kreuzung Joachimstaler Straße, eröffnete im vergangenen Jahr das „Ku'Damm-Eck“. Doch Bauträger Herbert Jovy hatte das Einkaufs- und Vergnügungszentrum ein wenig abseits des Bedarfs errichtet: Die Suche nach Mietern wurde überaus schwierig.

Da sich Jovy die Blamage eines halb leerstehenden 70-Millionen-Baus an der belebtesten Ecke der Prachtstraße nicht leisten mochte, zog der Immobilien-Kaufmann selbst in einen Teil seiner verschmähten Mieträume — als Porzellanwarenhändler beispielsweise oder als Eigner einer Zoo-Handlung. Kommentar eines Jovy-Konkurrenten: „Das ist doch alles Unfug. Da wird kein Affe mehr als bisher verkauft.“

Mit der Selbstherrlichkeit des einen und der Selbstbescheidung des anderen Berliner Baulöwen demonstriert Peter Bölke, 37, Auswüchse und Auswirkungen eines Baubooms, den staatliche Wirtschaftsförderung in West-Berlin seit Jahren anheizt. „Das Kapital, das der Gesetzgeber nach Berlin lockt“, so schreibt der Journalist in einem jetzt erschienenen Buch*, „heckt noch immer auf eine erstaunliche und bisweilen obszöne Weise.“

Um Nachteile der Insel-Lage auszugleichen und Investoren die Scheu vor politischen Risiken zu nehmen, hatte die Bundesregierung für West-Berlin in den vergangenen zwei Jahrzehnten ein breitgefächertes Förderungssystem geschaffen: Steuervorteile, Investitionszulagen, Kredit- und Frachthilfen, Bundesgarantien sowie Lohn- und Gehaltszulagen für Arbeitnehmer machten Kapitalinvestitionen in Berlin sehr viel einträglicher als im Bundesgebiet.

Als wirksame Lockmittel für Investoren-Gelder erwiesen sich vor allem die Steuerpräferenzen. Von allen Vergünstigungen nach dem Berlinförderungsgesetz (BerlinFG) wurde wiederum keine „so exzessiv und schamlos“ (Bölke) genutzt wie die Möglichkeit der Sonderabschreibungen für Produktionsmittel, Geschäfts- und Wohnbauten: Vor allem durch Fördergelder blähte sich das Berliner Bauvolumen. 1960 noch bei 1,5 Milliarden Mark, bis 1970 auf mehr als vier Milliarden Mark.

So richtig zu florieren begann das Abschreibungs-Geschäft mit dem Bau des Europa Centers gegenüber der Gedächtniskirche. Radiogroßhändler Karl Heinz Pepper, der den riesigen Geschäfts- und Bürobau zwischen 1963 und 1965 für 84 Millionen Mark hin-

klotzte, war einer der ersten, die erkannten, welche Goldader die steuerlichen Vorteile des Berlinhilfegesetzes freigelegt hatten. Mit lukrativen Angeboten lockte er steuergeplagte Großverdiener zum finanziellen Engagement.

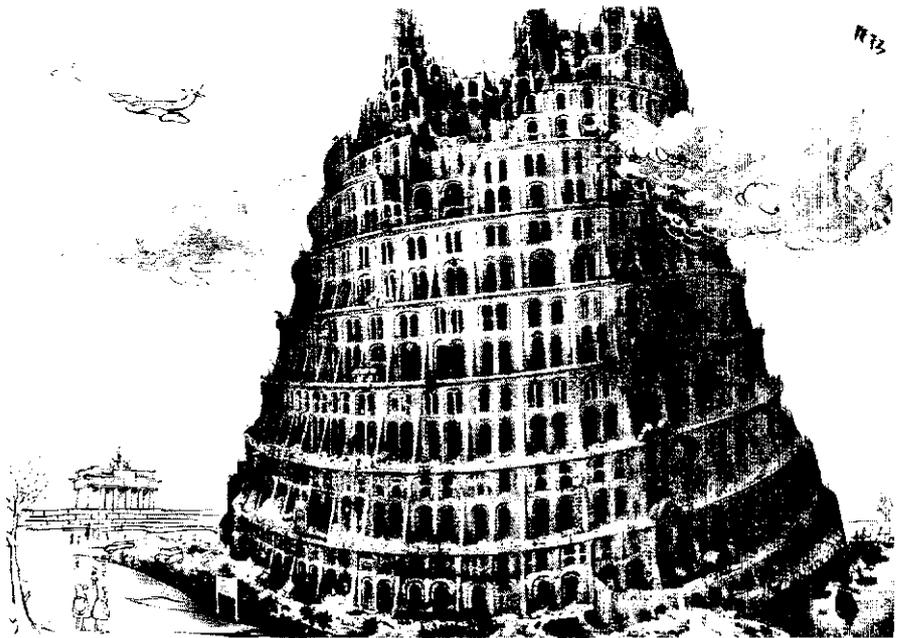
Wer beispielsweise mit 120 000 Mark zum Pepper-Kommanditisten wurde, der konnte mit einer „Verlustzuweisung“ seine Steuerschuld um über 200 000 Mark kürzen. Das hieß: 80 000 Mark glatt auf die Hand und die Beteiligung am Europa Center als Geschenk des Finanzamtes.

Der Geld- und Erbadel zögerte deshalb nicht lange: Rudolf August Oetker zum Beispiel legte bei Pepper 230 000 Mark an. Eduard Freiherr zu Innhausen und Knyphausen engagierte sich für seinen Sohn Wilko mit 140 000 Mark. Ein Risiko gingen Peppers Berlin-

kam „Goldgräberstimmung“ (Bölke) auf.

In ungezählten GmbH & Co. KG sammelten Unternehmer, Baulöwen und Finanzjongleure das Geld, das bundesdeutsche Großverdiener, Zahnärzte, Steuerberater, Anwälte oder Chirurgen vor dem nächsten Steuertermin noch schnell nach Berlin retten wollten. Werbe-Verheißung der Abschreibungsgesellschaften: „Mit wenig Geld durch große Steuervorteile zu sicherem Eigentum.“

Abschreibungen zu verbuchen, ist in der Tat das lustvollste Geschäft der Berliner GmbH & Co. KGs. Denn wer an der Spree investiert, kann die Anschaffungs- und Herstellungskosten nach dem Berlinförderungsgesetz bereits in den ersten Jahren in einem so großen Umfange (bis zu 75 Prozent)



„Wer wohl da wieder seine Steuern spart!“

Freunde nicht ein: Selbst „im politisch heißen Klima“ (so ein Werbebrief) der Stadt brauchten sie, dank staatlicher Steuergeschenke, um ihren Einsatz nicht zu bangen.

In Bonn kursierte damals bereits der Slogan von „Las Vegas an der Spree“, und Kanzler Ludwig Erhard sah die Berlin-Hilfe „gröblichst mißbraucht“. Indes, geändert wurde nichts: Bis heute fördern Bundesregierung und Stadt Berlin großzügig die Vermögensbildung der Vermögenden.

Nachhaltig gefördert wurde solche öffentliche Hilfe durch die „GmbH & Co. KG“. Erst diese wunderliche Rechtsfigur — eine Kommanditgesellschaft, in der als unbeschränkt haftender Teilhaber eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung fungiert — machte die intensive und für die Gesellschaftsgründer risikolose Nutzung der Berlin-Förderung möglich. In der Teil-Stadt

abschreiben, daß mit Notwendigkeit Verluste entstehen. Diese Verluste aber können die geldgebenden Kommanditisten in Form von „Verlustbescheinigungen“ dem Finanzamt präsentieren: Ihr zu versteuerndes Einkommen verringert sich in entsprechender Höhe.

Besonders attraktiv sind diese Verlustzuweisungen, weil sie im Normalfall 170 oder 200, manchmal sogar mehr Prozent des angelegten Eigenkapitals ausmachen. Denn dem Geldgeber wird anteilig auch der Verlust steuerndernd anerkannt, der auf das sogenannte Fremdkapital des Unternehmens entfällt: Je mehr Schulden seine Gesellschaft macht, desto größer wird für den Anleger seine Verlustzuweisung.

Das Kapital, das auf diese Weise nach West-Berlin fand, wurde von den Abschreibungsgesellschaften zu einem großen Teil in Protz- und Prachtbauten gesteckt. Von der Gedächtniskirche bis nach Halensee stehen die Investitions-

* Peter Bölke: „Geschäfte mit Berlin“. Edition Praeger, München; 187 Seiten; 18 Mark.

burgen der GmbH & Co. KGs. Bölke: „Man sollte den Kurfürstendamm eigentlich Kurfürsten-&Co.-Damm nennen.“

Neben zahlreichen kleineren Firmen haben sich beim großen Berliner Abschreibungsbaun vor allem drei Unternehmer hervor getan:

- ▷ Sigrid Kressmann-Zschach, Deutschlands erfolgreichste Architektin, „deren glänzender Rhetorik offenbar nicht einmal so gewiefte Experten wie Berlins Finanzsenator Striek widerstehen können“ (Bölke). An ihrem jüngsten Superding, dem 300-Millionen-Mark-Bau „Steglitzer Kreisel“, war sie gegen Ende vergangenen Jahres mit 2,6 Millionen Mark persönlich als Gesellschafterin beteiligt.
- ▷ Herbert Jovy, der sein Vermögen zunächst mit Restaurations- und Hotelbetrieben, Tankstellen sowie Supermärkten machte. Seine Bauobjekte: die Einkaufs- und Vergnügungszentren „Forum Steglitz“ und „Ku'damm-Eck“ für jeweils 70 Millionen Mark.
- ▷ Heinz Mosch, einer der größten privaten Bauunternehmer der Bundesrepublik, der von seiner Berliner Niederlassung aus im vergangenen Jahr bereits 36 verschiedene Kommanditgesellschaften dirigierte. In Berlin hat Mosch bisher für über 800 Millionen Mark gebaut, weitere 400 bis 500 Millionen sind fest verplant.

Ob Immobilienmakler Günter Schmidt mit seinem „Neuen Kreuzberger Zentrum“, dem „NKZ“, der Aufstieg zu den Groß-Bauern glückt, ist noch nicht sicher. Denn trotz forscher „Entmietung“ zog sich die Festsetzung

des Bebauungsplans hin. Wird das inzwischen begonnene 80-Millionen-Projekt am Kottbusser Tor aber nicht bis zum 31. Dezember 1974 fertig, können die NKZ-Kommanditisten laut § 14 Berlinförderungsgesetz von 1970 nicht mehr die alten, teilweise günstigeren Abschreibungen nach dem Berlinhilfegesetz von 1964 in Anspruch nehmen.

Im Gegensatz zu Newcomer Schmidt bewies Sigrid Kressmann-Zschach mehr Talent, als es darum ging, Freunde für ihre Baupläne zu gewinnen: Beim „Steglitzer Kreisel“ bekamen die Bezirksverordneten den Bebauungsplan erst vorgelegt, als das Gebäude fertig vor ihnen stand.

Zudem gelang der hart verhandelnden Bauwelt dame ganz Erstaunliches. Zu einer Zeit, da luxuriöse Büroräume in Berlin keineswegs knapp sind, hat sie die gesamte Kreisel-Hochhaus-Mietfläche, 1974 bezugsfertig, an den Mann



Berlin-Bauherrin Kressmann-Zschach Bebauungsplan erst vorgelegt ...

gebracht: Das Bezirksamt Steglitz nahm ihr 20 Büro-Etagen ab, obwohl es eigentlich nur zehn brauchte. Stöhnte ein Steglitzer Kommunalpolitiker: „Die Kressmann-Zschach hat einfach zu gute Beziehungen.“

Leerstehende Büropaläste und überflüssige Ladengeschäfte, so vermutet Bölke wohl zu Recht, sind nicht das Ziel der staatlichen Berlin-Förderungsmaßnahmen. Doch der Journalist weiß auch: „Die gebotenen Steuervorteile sind so verlockend, daß solide kaufmännische Grundsätze sehr schnell in Vergessenheit geraten können.“

So geriet die „Medizinische Untersuchungs-Centren KG Meduc Verwaltungsgesellschaft mbH & Co.“ 1972 in Konkurs, weil ihre Geschäftsführung den Patientenzulauf allzu optimistisch eingeschätzt hatte.

Eine andere Abschreibungspleite des vergangenen Jahres, das Ende der „Officina KG Industrie- und Verlagsdruckerei GmbH & Co.“, löste sogar im sonst so duldsamen Berliner Senat beträchtliche Verärgerung aus:

Während die 187 Beschäftigten dieser hochmodernen Druckerei von heute auf morgen ihren Arbeitsplatz verloren, kauften die Graphischen Betriebe I. & C. Meyer aus Bad Oeynhausen die mit Berlin-Förderungsmitteln erbauten Anlagen (realer Wert: 50 bis 60 Millionen Mark) zum Spottpreis von 10,75 Millionen Mark. Bölke-Kommentar: „Eine ganz böse Blase im Sumpf der staatlichen Subventionen.“

Auf betrügerische Weise versuchte die Berlin-Förderung Walter Jakob Landsrath zu nutzen: Mit seiner „Wa-La Vermittlungs GmbH & Co. KG“, die Ladengeschäfte vermieten sollte, machte der „simple Innenarchitekt“ (Landsrath über Landsrath) mit reinen Luftgeschäften 320 Kommanditisten um fünf Millionen Mark leichter.

Doch trotz Förderungsmissbrauchs, fehlinvestierter Baugelder und kaum nötiger Vermögensbildung bei bereits Vermögenden lehnt der West-Berliner Senat jede Diskussion über Einschränkungen der Steuergeschenke ab. Auch daß die Stadt dank der Fördergesetze in diesem Jahr auf 1,3 Milliarden Mark Steuereinnahmen (1972: über eine Milliarde Mark) verzichtet, dürfte das Präferenzen-Tabu kaum gefährden.

Für eine Dämpfung des Abschreibungs-Baubooms, so Förderungskritiker Bölke, kommt indes eine Novellierung des Berlinförderungsgesetzes in jedem Fall zu spät. Die großen Lücken in der West-Berliner City sind geschlossen; Bauland ist so knapp, daß Heinz Mosch bereits plant, über die Stadtautobahn im Bezirk Wilmersdorf 2000 Wohnungen zu stocken.

Für Verlustzuweisungs-Bauherren werden die Geschäfte mit Berlin härter. „Es sei denn“, spottet Bölke, „man erklärte den Kurfürstendamm zum Sanierungsgebiet.“



... als das Gebäude fertig war: Kressmann-Zschach-Bau „Steglitzer Kreisel“ in Berlin